

Hintergrundinformationen

Konfliktbedingte Sexuelle Gewalt und Straflosigkeit im Südsudan

Trotz Hunderter Fälle von konfliktbedingter sexueller Gewalt (CRSV-Fälle), die von den Vereinten Nationen, Amnesty International und anderen in den letzten zehn Jahren dokumentiert wurden, ist die strafrechtliche Verfolgung von mutmaßlichen Tätern sexueller Gewalt in Konflikten nach wie vor selten und die Straflosigkeit weit verbreitet. Seit Januar 2020 wurde nur eine Handvoll CRSV-Fälle, die von staatlichen Sicherheitsbeamten an Zivilisten begangen wurden, vor Militär- oder Zivilgerichten angeklagt, was nur die Oberfläche des Ausmaßes der Fälle ankratzt. Bislang wurden keine mutmaßlichen Täter von CRSV wegen Kriegsverbrechen oder Folter angeklagt. Der Südsudan hat diese Verbrechen nach internationalem Recht nicht in seinen Rechtsrahmen aufgenommen.

Ein neuer Bericht von Amnesty International mit dem Titel "Wenn du nicht kooperierst, erschießen wir dich": Konfliktbedingte sexuelle Gewalt und Straflosigkeit im Südsudan zeigt auf, wie CRSV im Land fortbesteht und wie Waffen eingesetzt werden können, um sexuelle Gewalt zu erleichtern. Sie zeigt auch, dass zwei Teile eines Aktionsplans, der zur Bekämpfung von CRSV im Land ausgearbeitet und von der Regierung im Januar 2021 angenommen wurde, noch nicht vollständig umgesetzt wurden.

Amnesty International führte seine Untersuchung inmitten der Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und der Nationalen Heilsfront im Bundesstaat Zentraläquatoria im Februar und März 2022 durch.

Überlebende von CRSV berichteten Amnesty International, dass sie von einer Vielzahl von Personen vergewaltigt wurden, darunter Regierungssoldaten, ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS), Mitglieder der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung in Opposition (SPLM-IO) - die wichtigste bewaffnete Oppositionsgruppe, die Nationale Heilsfront (NAS), eine nichtstaatliche bewaffnete Gruppe, die sich geweigert hat, das Friedensabkommen von 2018 zu unterzeichnen, bewaffnete Männer, "Rebellen" und unbewaffnete Männer, darunter auch Teenager.

Drei Überlebende gaben an, dass sie entführt wurden und zwei bis vier Jahre lang Zwangsarbeit verrichten oder als Sexsklaven eingesetzt wurden.

Angelina* erzählte Amnesty International, dass im Februar 2022 Regierungssoldaten nachts zu ihrem Haus kamen und sie aufforderten, nach draußen zu kommen. Als sie dies tat, vergewaltigten sie sie. "Als der erste fertig war, begann der zweite. Als der zweite fertig war, kam der erste zurück", sagte sie.

Neun Überlebende von CRSV berichteten Amnesty International, dass ihre Täter sie mit vorgehaltener Waffe vergewaltigten und drohten, sie oder ihre Angehörigen mit ihrer Waffe zu töten, wenn sie nicht einwilligten. Gloria*, die 2016 mit vorgehaltener Waffe vergewaltigt wurde, sagte, sie sei fünf bewaffneten Männern begegnet: "Der Soldat fragte mich [...] entscheide [...] entweder werde ich mit dir Geschlechtsverkehr haben, oder ich werde dich und alle deine Kinder töten."

In einem anderen von Amnesty International dokumentierten Vorfall sagte Elizabeth*, eine Überlebende von konfliktbedingter sexueller Gewalt, dass Regierungssoldaten ihren Ehemann erschossen, nachdem sie ihn gezwungen hatten, ihnen bei der Vergewaltigung zuzusehen. Sie sagte, sieben bewaffnete Regierungssoldaten hätten sie 2019 vergewaltigt.

"Die südsudanesischen Behörden müssen sich dringend mit diesen Fällen von konfliktbedingter sexueller Gewalt befassen. Ihre Reaktion muss sich an den medizinischen, psychologischen und sozioökonomischen Bedürfnissen der Überlebenden orientieren. Sie müssen auch die Ursachen der Gewalt angehen und die Überlebenden in die Entscheidungsfindung in Angelegenheiten, die sie betreffen, einbeziehen", sagte Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

*Name geändert